



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 27.11.2014

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Bode

bis 20:30 Uhr
(Mitte TOP Jugendhaus)

Frau Stadträtin Bopp

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Gutermann

Herr Stadtrat Hagel

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

bis 19:05 Uhr
(TOP 5)

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Rahm

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Abele

ab 19:05 Uhr
(TOP 6)

Verwaltung:

Frau Appel, Hauptamt
Herr Buchmann, Kulturamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Dürr, Hochbauamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Frau Krug, Schriftführung
Frau Länge, Ordnungsamt
Herr Mildenberger, Hochbauamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt
Frau Schuster, Bauverwaltungsamt
Herr Walz, Gebäudemanagement

Gäste:

Herr Timo Locherer, JuPa
Herr Heiko Mangesius, JuPa
blondes Mädchen, JuPa
Presse (2x)

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bebauungsplan "Berliner Platz"	238/2014
2.	Umgestaltung der Verkehrsanlagen Rau-, Karl-, Martin- und Karl-Müller-Straße Vorstellung Entwurfsplanung und Projektfreigabe	236/2014
3.	Straßenbauprogramm aus dem Straßenkataster STK 2015 Vollausbau des Goethe- und Schillerweges in Biberach - Vorstellung Planung	230/2014
4.	Kreuzungsbereich "Gaisentalstraße/Grüner Weg"	240/2014
5.	Freiraumkonzept Innenstadt - Mobiles Grün Antrag der SPD vom 02.04.2014 "Autofreier und begrünter Markt- platz"	239/2014
6.	Bekanntgaben	
6.1.	Bekanntgaben - Mehrzweckhalle Mettenberg	
7.	Verschiedenes	
7.1.	Verschiedenes - Telawiallee	
7.2.	Verschiedenes - Neuer Zebrastreifen am Marktplatz?	
7.3.	Verschiedenes - Hochwasserschutzgebiet	

Die Mitglieder wurden am 17.11.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 19.11.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 238/2014 zur Beschlussfassung vor.

Dem Gremium liegt außerdem das Schreiben der ZfP Südwürttemberg an Herrn OB Zeidler vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Stadtverwaltung am 17.10.2014 das vorliegende Schreiben der Geschäftsleitung des Zentrums für Psychiatrie, Südwürttemberg, erhalten hat, mit der Kernaussage, dass der geplante Standort für die Tagesklinik am Berliner Platz nicht weiterverfolgt wird. Eine intensive Auseinandersetzung/Diskussion mit der künftigen stationären und teilstationären Versorgung im Landkreis Biberach führte zu diesem Ergebnis. Insbesondere der zunehmende Fachkräftemangel im ärztlichen Bereich wird als Begründung angeführt. Es ist angedacht, die Tagesklinik des ZfP im Bereich des neuen Standorts der Sana-Klinik an der Birkenharder Straße unterzubringen. Hier ist bereits eine Niederlassung für den Bereich Geriatrie geplant. Dieses Schreiben war eine Information, die alle überrascht hat. Es hat die Frage ausgelöst, ob das ZfP dies hätte nicht bereits vorher erkennen können. Dadurch hätte man den Bürgern und dem Gemeinderat viel Ärger erspart.

BM Kuhlmann bedauert diese Entscheidung. Mit der Absage verliert die Planung einen zentralen Punkt. Er bekräftigt, den Berliner Platz aber nicht aus den Augen verlieren zu wollen. Die Realisierung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich von Mittelbergstraße, Schlierenbachstraße, Astiallee und Valenceallee bleibt im Blickpunkt. Planungen werden erst 2016 weiterverfolgt. Wir werden dann in einen Bürgerbeteiligungsprozess gehen mit den Anwohnern vom Mittelberg.

StR Hagel stellt die Frage, ob dann der alte Standort ZfP am Berliner Hof auch wegfällt. In dem Fall müssten die Betroffenen dann weiter fahren, was nachteilig ist. Mit dem neuen Konzept ist er natürlich einverstanden. Er bittet dringend um eine Umgestaltung des Berliner Platzes und bittet hierbei den Aspekt der zumutbaren innerstädtischen Verdichtung zu berücksichtigen. Er ist bereit, die Planung der Verwaltung abzuwarten. Auch mit der vorgeschlagenen Zeitschiene ist er einverstanden.

StRin Kübler findet das Ganze bedauerlich. Kürzere Wege sind aber von Vorteil. Die Gründe des ZfP sind auch nachvollziehbar. Der Berliner Platz braucht ihrer Ansicht nach dringend eine Neugestaltung. Für eine Bebauung wäre möglicherweise die Wiese in der Valenceallee, vor der Uhlandstraße, geeignet. Darauf haben Bürger sie hingewiesen. Der Berliner Platz soll als Treffpunkt erhalten bleiben. Sie kann sich alters- und behindertengerechte Wohnungen vorstellen. Der Kreisverkehr hat hohe Priorität.

StR Heinkele bevorzugt eine Gestaltung des Platzes zu einem früheren Zeitpunkt. Seiner Ansicht nach kann das Thema Kreisverkehr abgehängt werden. Wenn an einer Wohnbebauung festgehalten wird, müssen die Bürger mitgenommen werden in dem Prozess. Die Grünfläche bei der Uhlandstraße/Valenceallee ist bisher nur ein Hundeplatz und könnte seiner Ansicht nach auch grundsätzlich bebaut werden.

StRin Sonntag findet es schade, dass nun eine zentrale Versorgung des ZfP geplant ist.

StR Braig erklärt, dass dies keine Zentralisierung ist, sondern dass die Patienten einfach einen anderen Buckel in Biberach hoch müssen. Dort sind auch mehr Fachärzte vor Ort, was er positiv findet.

BM Kuhlmann hält das Verfahren für grundsätzlich offen, es muss keine Wohnbebauung am Berliner Platz sein. 2016 soll dies offen diskutiert werden. Das Thema Kreisverkehr kann nicht abgehängt werden, sondern ist mit der Freiraumplanung und Tiefgarage auf dem Platz eng verbunden.

Der Bauausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 236/2014 vor Vorberatung vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass mit der Umgestaltung von Rau- und Martinstraße die Wohnqualität in dem Quartier bei der Hochschule gestärkt werden soll. Das Gebiet befindet sich auch im festgelegten Sanierungsgebiet „Innenstadt Südwest“. Ziel des Konzepts ist die Gestaltung des öffentlichen Raums um das Umfeld in diesem Bereich attraktiver zu gestalten. Der Parkraum soll neu gestaltet werden und einzelne Bäume werden gesetzt. Bei einem Ausbau der Karl-Müller-Straße und der Karlstraße müssen die Grundstücksanlieger Beiträge bezahlen, da diese Straßen erstmalig hergestellt werden. Die Anwohner der Rau- und Martinstraße hingegen wurden in früheren Jahren bereits zu Beiträgen veranlagt. Auf diese Anwohner kommen deshalb keine Beiträge zu. Die Maßnahme kann deshalb auch mit Fördermitteln finanziert werden.

StR Kolesch erklärt, dass die Maßnahmen allgemein vom Gremium positiv begrüßt werden. Bisher gab es eine breite Bürgerbeteiligung, was nicht einfach war. Er ist dafür, den Verschwenk in der Raustraße weg zu lassen. Den Wegfall des Gehwegs in der Karl-Müller-Straße hält er für kritisch, wenn die Angrenzer jedoch der Meinung sind, dass sie keinen Gehweg benötigen, so soll es der CDU auch recht sein. Den Bereich der Karlstraße und der Raustraße hält er für eine gute Idee der Verwaltung. Auch mit dem Bereich der Martinstraße ist er einverstanden. Er ist sich jedoch noch nicht sicher, wie sich das Parken bei der Hochschule weiter entwickelt. Sollte der Parkplatz der Hochschule (ehemalige Dollinger-Turnhalle) bewirtschaftet werden, werden sich die Verkehrsströme ändern. Er **stellt** den **Antrag**, den Bereich der Karl-Müller-Straße aus dem Beschluss auszunehmen und erst mal circa ein Jahr ab Bewirtschaftung des Parkplatzes der Hochschule Erfahrungen zu sammeln. Zeitpunkt ist, wenn das neue Parkmanagement an der Hochschule läuft.

StR Dr. Rahm sieht die Maßnahmen als deutliche Aufwertung dieses Viertels. Vor allem im Winter fehlt aber ein Gehweg. Er befürwortet die Aufstellung von Pollern bei den Bäumen. Notfalls können für die Parkplätze der Stadt auch Parkgebühren verlangt werden.

StRin Bopp spricht ihren Dank für die Vorlage aus. Man muss die Einwände der Anwohner ernst nehmen. Sie stellt die Frage, ob die vorgelagerten Treppen bei den Häusern mit einberechnet wurden. Außerdem listet sie eine Vielzahl von Stellplätzen auf, die ihrer Ansicht nach zu Unrecht reduziert wurden. Sie ist für eine Anwohnerparkregelung im Bereich Martinstraße/Raustraße und dann aber auch für eine Kontrolle durch das Ordnungsamt. Sie ist dafür, die Parkplätze Nummer 10 und 11 wegzulassen, da sie eine Zufahrt versperren. Außerdem kann ihrer Ansicht nach eine Sitzbank weggelassen werden. Sie ist für eine Erhöhung des Bürgersteigs in der bisherigen Form und keine Absenkung. Sie bittet darum, eine Hinweistafel aufzustellen mit einem Hinweis auf den Uttenweiler Bahndamm im Bereich der Karl-Müller-Straße. Dies ist historisch eine wichtige Stätte. Der Wegfall der Parkplätze wird nicht befürwortet. Sie ist dafür, die Grünflächen kleiner zu machen, um so mehr Stellplätze anlegen zu können.

StRin Sonntag ist gegen die Verkleinerung der Grünfläche, der Baum hat dann gar keinen Platz mehr. Sie ist eher für eine Verbreiterung der Grünstreifen, damit die Bäume ausreichend Platz

haben. Die große Baumscheibe der Kastanie soll unbedingt beibehalten werden. Sie bittet darum, Geschwindigkeitskontrollen in den verkehrsberuhigten Bereichen durchzuführen.

StR Heinkele stellt die Frage, ob bei der Planung die Zufahrt bei der Firma Hauchler ausreichend berücksichtigt wurde. Seiner Ansicht nach führt die Zufahrt über den Gehweg und ist so nicht möglich. Ihn interessiert, wie groß die Einsparungen sind, wenn man die Flächen teilweise teert und teilweise pflastert. Er ist dafür, die Straßen in Abschnitte zu trennen.

BM Kuhlmann findet den Vorschlag von StR Kolesch, das Parksystem abzuwarten, sinnvoll. Über eine Bewirtschaftung wurde noch nicht entschieden. Er befürwortet es, die Karl-Müller-Straße und die Karlstraße aus dem Beschluss herauszunehmen und mittelfristig einen neuen Bebauungsplan zu erstellen. Der Beschluss soll sich nur auf die Rau- und Martinstraße beziehen.

Frau Schuster erklärt auf Nachfrage, dass der Gehweg in der Karl-Müller-Straße, entgegen dem Wunsch der Angrenzer, abgesenkt wird. Der Verschwenk in der Raustraße wird herausgenommen auf Wunsch der Angrenzer. Die Straßenbeleuchtung wird so versetzt, dass sie nicht vor Eingangsbereichen steht. Auf Bäume soll nicht verzichtet werden. Der Gehweg wird abgesenkt aus Gründen der Barrierefreiheit. Mehr Bäume haben gestalterisch eine gewisse Qualität. Aufgrund von Gesprächen mit der Firma Hauchler wurde eine genügend breite Zufahrt berücksichtigt.

BM Kuhlmann ist dafür, den gesamten Bereich zu asphaltieren. Nur so wird eine Gleichwertigkeit der Verkehrsteilnehmer gefördert. Die unterschiedlichen Varianten mit Asphalt und Pflaster werden beziffert und bis zur Gemeinderatsitzung vorgelegt. Auf die Stellplätze und die Bank soll nicht verzichtet werden. Die Stellplätze müssen jeweils das vorgeschriebene Maß haben, auch wenn ohne Parkierung möglicherweise mehr Autos auf den Parkbereich passen. Es handelt sich dabei um eine Normgröße. Man kann auch einen Streifen daraus machen mit flexibler Gestaltung. Das Gebäude Kolpingstraße 54 wurde durch die Stadt erworben. Es befindet sich in der Freihaltetrasse für die Königsbergallee. Eventuell wird dort eine Stellplatzanlage realisiert. Die Anregung von StRin Bopp mit dem Uttenweiler Damm und der Hinweistafel findet er gut. Eine ursprünglich geplante Verschwenkung der Raustraße im westlichen Bereich soll nicht realisiert werden. Sie soll die Autofahrer zum Abbremsen zwingen. Von den Anwohnern gab es dazu aber Widerspruch.

BM Kuhlmann **sagt zu**, dass man prüfen werde, ob man statt der vorgesehenen Parkbuchten in der Raustraße einen Parkstreifen anlegen könnte, der ein flexibleres Parken ermöglicht. Geprüft wird auch, ob in der gesamten Martinstraße ein Betonpflaster verlegt oder die Straße samt Gehweg komplett asphaltiert wird.

StR Weber ist der Meinung, dass es sich bei der Karl-Müller-Straße um eine historische Straße handelt. Auf Bäume will er nicht verzichten.

BM Kuhlmann widerspricht: Erschließungsbeitragsrechtlich gesehen ist die Straße nicht historisch.

StR Kolesch spricht seinen Dank aus, dafür dass der Vorschlag aufgenommen wurde für eine getrennte Abstimmung. Er ist gegen ein Hochbord, sondern befürwortet den abgesenkten Gehwegsbereich. Bäume sorgen seiner Ansicht nach für zusätzliche Lebensqualität. Er befürwortet eine flexible Gestaltung des Parkstreifens, um so eventuell mehr Stellplätze herauszubringen.

Nach kurzer Diskussion empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig dem geänderten Beschlussantrag der Verwaltung wie folgt zuzustimmen:

1. Der Planung **Raustraße und Martinstraße** wird zugestimmt und die Umgestaltung erfolgt auf Grundlage der Entwurfsplanung, Stand 06.11.2014 vom Büro Fischer + Partner in Bauabschnitten.
2. Das Planungsbüro Fischer + Partner wird mit der weiteren Planung und Ausführung für die Teilabschnitte Martinstraße und Raustraße beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen vorzubereiten.

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 230/2014 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Bewohner bei den beiden Maßnahmen mit einbezogen wurden. Es gab keine kritischen Stimmen.

Herr Rechmann erläutert kurz die beiden Maßnahmen. Insgesamt soll das komplette Gebiet saniert werden. Die Treppenanlage im Schillerweg wird mit einer Kinderwagenspur ausgestattet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für den Vollausbau des Goethe- und Schillerweges und der Belagsanierung des Goetheweges (Anteil Fußweg) im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahme "Vollausbau des Goethe- und Schillerweges" und die "Belagsanierung Goetheweg (Anteil Fußweg)" durchzuführen.**

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 240/2014 zur Beschlussfassung vor.

BM Kuhlmann erläutert, dass der Kreuzungsbereich Gaisentalstraße/Grüner Weg im Jahr 2002 zu einem sogenannten Minikreisel mit einem Durchmesser von 18 m umgebaut wurde. Trotzdem kommt es immer wieder zu Unfällen, aber überwiegend mit Sachschäden. Das Baudezernat hat den Bau eines Kreisverkehrs mit einem Durchmesser von 28,00 m geprüft. Für die Vergrößerung des Kreisverkehrs wird auch teilweise das städtische Flurstück Nummer 1576/1 benötigt. Für dieses Grundstück liegt eine Anfrage eines Bauträgers vor, der das benachbarte Grundstück bebauen möchte und aus diesem Grund das städtische Grundstück erwerben möchte, um auf beiden Grundstücken eine Wohnbebauung zu realisieren. Vorschlag der Verwaltung ist es, den Minikreisel beizubehalten. Optional kann künftig ein richtlinienkonformer Kreisverkehr mit einem Durchmesser von 28 m gebaut werden. Diese Option sollte man sich offen halten. Das erforderliche Teilgrundstück des angrenzenden städtischen Grundstücks bleibt bei einem möglichen Verkauf dieses Flurstücks im Eigentum der Stadt.

Frau Christ zeigt anhand von Plänen die verschiedenen Möglichkeiten für einen Kreisel auf. Sie plädiert dafür, die Option für einen größeren Kreisel offen zu halten. Die Untersuchung der Verwaltung, wo in Biberach überall eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden kann, steht noch offen. Erst danach kann eine endgültige Entscheidung für einen Kreisel gefällt werden.

StR Kolesch ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Er ist dafür, den Minikreisel zu belassen und auch sich die Option für einen größeren Kreisel offen zu lassen. Seiner Ansicht nach wird der Kreisel schlechter geredet als er tatsächlich ist. Er fährt täglich dort und stört sich am meisten über die Autofahrer, die absichtlich schnell und geradeaus über den Kreisel fahren.

StRin Kübler erläutert, dass die SPD anderer Meinung ist. Im Jahr 2011 gab es vier Unfälle, daneben gibt es noch eine Vielzahl von nicht gemeldeten Unfällen. Sie weiß von 5 Schwerverletzten und 17 Leichtverletzten, das ist ihrer Ansicht nach zu viel. Seit es den Kreisel gibt, sind Probleme vorhanden. Sie schlägt eine niedrigere Geschwindigkeit vor für den Bereich des Kreisels. Bei regelkonformer Nutzung funktioniert der Kreisel, aber die Realität sieht anders aus. Außerdem wird der Verkehr zunehmen wegen der Sana-Klinik. Sie interessiert, was die Verkehrsschau, das Ordnungsamt, die Polizei und das Tiefbauamt zu dem Kreisel sagen. Ihre Fraktion wird der Ziffer 1 des Beschlussantrags nicht zustimmen. Die SPD möchte, dass die Ziffer 2 des Beschlussantrags, also der Neubau des größeren Kreisels so schnell wie möglich umgesetzt wird.

StRin Bopp erklärt, dass die Freien Wähler der gleichen Meinung wie die CDU sind. Der Kreisel funktioniert grundsätzlich, aber alle fahren zu schnell. Sie möchten sich die Option offen halten einen größeren Kreisel zu bauen. Sie möchte wissen, wie viel Wohneinheiten auf dem angrenzenden Grundstück geplant sind. Außerdem befürwortet sie, dass der Gestaltungsbeirat bei der Bebauung des Grundstücks eingesetzt wird.

StRin Sonntag ist auch der Meinung, dass der Kreisel funktioniert. Sie nutzt ihn des Öfteren. Möglicherweise würde ein Zebrastreifen helfen. Sie möchte auch mehr Grünflächen in diesem Bereich haben.

StR Braig ist auch der Ansicht, dass der Kreisel funktioniert. Die Unfallzahlen sind für ihn nicht aussagekräftig. Er ist sich sicher, dass die Unfallzahlen direkt nach dem Bau des Kreisels höher waren als jetzt, nachdem man immer wieder verschiedene Maßnahmen ergriffen hat.

BM Kuhlmann erklärt, dass es sich nur um eine Option handelt, da es für das städtische Grundstück einen Interessenten gibt.

Frau Länge erklärt, dass das Ordnungsamt der Ansicht ist, dass der große Kreisel so schnell wie möglich gebaut werden soll. Im Laufe der Jahre wurde der Kreisel zwar verbessert, ist aber trotzdem weiterhin Unfallschwerpunkt. Frau Länge gibt auf Nachfrage die Unfallzahlen von 2002 bis 2014 bekannt.

StR Heinkele ist darüber verärgert, dass in der Vorlage ausgerechnet das Jahr mit den geringsten Unfällen genannt wird (4 Unfälle in 2011).

StRin Kübler befürwortet Verkehrsinseln am Kreisel, die zwar teilweise vorhanden sind, aber auch zu schmal sind.

Nach kurzer Diskussion fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Im Kreuzungsbereich Gaisentalstraße/Grüner Weg soll der "Minikreisel" mit einem Durchmesser von 18,0 m beibehalten werden.**
- 2. Optional kann zukünftig ein richtlinienkonformer Kreisverkehr mit einem Durchmesser von 28,0 m gebaut werden. Ein entsprechendes Teilgrundstück des Flst. 1576/1 bleibt bei einem möglichen Verkauf des Flurstücks im Eigentum der Stadt.**

Dem Bauausschuss liegt die in dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 239/2014 zur Information vor.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Verwaltung sich aus Gründen der Erreichbarkeit der Innenstadt mit allen Verkehrsmitteln einen autofreien Marktplatz nicht vorstellen kann. Die Idee, den Marktplatz mehr zu begrünen möchte er gerne aufgreifen. Wie aus der Vorlage ersichtlich sollen im Jahr 2015 insbesondere für den östlichen Marktplatz und für weitere Standorte in der Innenstadt 15 Pflanzkübel aus Stahl angeschafft werden. Diese werden im Sommer mit einer mediterranen Bepflanzung und im Winter mit Buchsbäumen versehen. Sie sollen so positioniert werden, dass sie nur zu Großveranstaltungen (Schützenfest oder Christkindlesmarkt) abtransportiert werden müssen. Ein Konzept für die Kübelstandorte will die Stadt nächstes Jahr erarbeiten.

StR Keil ist der Meinung, dass der westliche Marktplatz so nicht bleiben kann. Er findet den Wochenmarkt in Ravensburg und Memmingen viel attraktiver als den in Biberach. Selbstverständlich ist in Biberach auch eine Produktvielfalt vorhanden. Diese Vorlage soll als erster Denkanstoß genommen werden und das Thema Markt und Marktplatz weiter bearbeitet werden.

StR Kolesch ist verwirrt über den Antrag der SPD. Die Begrünung des Marktplatzes ist seit vielen Jahren Thema der CDU, es gab hierfür bereits mehrere Anträge, die hier nicht erwähnt sind. Seine Fraktion ist gegen einen autofreien westlichen Marktplatz. Seiner Ansicht nach funktioniert das Miteinander gut. Die Erreichbarkeit des Marktplatzes mit dem Auto und die entsprechenden Parkplätze vor allem Geschäfte des kurzfristigen Bedarfs werden benötigt.

Auf dem Marktplatz gibt es keinen geeigneten Lebensraum für Bäume. Der einzige Baum, der vorhanden ist, kümmerst vor sich hin. Die Bäume haben zu wenig Platz, das findet er sehr schade. Nach der Umgestaltung des Marktplatzes 1999 wurden übrigens, so wie jetzt geplant, Pflanzkübel aufgestellt. Diese wurden aber im Laufe der Jahre alle zerstört. Er hofft, dass die neuen Kübel ein Gewicht wie ein Betonkübel haben. Er hatte einige Zeit eine Thuja-Bepflanzung in Kübeln vor seinem Geschäft. Nachdem diese Bepflanzung immer wieder beschädigt wurde und zuletzt abgefackelt wurde, hat er sie abgeschafft. Eine Bepflanzung bzw. Begrünung auf dem Marktplatz bedarf einer aufwendigen Abstimmung mit dem Markt. Der Wochenmarkt ist seiner Ansicht nach kein Thema.

Er befürwortet mehr Sitzgelegenheiten auf dem Platz in Form von Stühlen, einer kleinen Tribüne wie beim Schützenfest oder auch einer Sitzwelle, wie sie als Prototyp beim Schuehausprojekt im Juni im Einsatz war. Er könnte sich vorstellen, einen kleineren Ausschnitt der Schützenfesttribünen stehen zu lassen. Diese werden von den Bürgern sehr gut angenommen.

Er bittet, diesen Vorschlag zu prüfen.

Außerdem bittet er um eine konkrete Vorlage mit den geplanten Standorten der Kübel.

StR Heinkele wünscht sich ein blühendes Biberach und könnte sich auch vorstellen, dass es in Zusammenarbeit mit dem Obst- und Gartenverein einen Wettbewerb mit Auszeichnung gibt für eine Begrünung des Marktplatzes in Form von Blumenkästen.

StR Heinkele erklärt, dass der Blumenschmuck an den Hausfassaden den Marktplatz verschönern würde. Hier könnte der Bauhof behilflich sein, vor allem wenn es im Herbst um das Entsorgen der Blumen geht. Er schlägt vor, dass den Bewohnern am Marktplatz an einem Tag ein Anhänger des Baubetriebsamtes hingestellt wird, damit diese Möglichkeit im Herbst haben, die Blumen inklusive Erde zu entsorgen. Gegenüber einem autofreien Marktplatz ist er ablehnend eingestimmt. Wenn wir den Platz zu machen, dann sind der Drogeriemarkt Müller, die Metzgerei Koch und Edeka Walke in einem Jahr weg.

BM Kuhlmann kann sich gut vorstellen, dass die Stadt die Bürger so am Marktplatz unterstützt. BM Kuhlmann **sagt zu**, diesen Vorschlag zu prüfen.

Er ist auch bereit, die Auswertung der Unfallstatistik dem Gremium vorzulegen.

StR Weber ist für einen autofreien Marktplatz. Er möchte mehr Bäume auf dem Marktplatz haben. Den Vandalismus findet er sehr schlimm. Er ist aber trotzdem dafür, dran zu bleiben und sich nicht von Vandalismus in die Knie zwingen zu lassen.

StR Braig möchte einen befahrbaren Marktplatz. Der ÖPNV im Zentrum ist seiner Ansicht nach unverzichtbar.

BM Kuhlmann erklärt, dass die Stadt sich für solche Sitzwellen aus Stahl oder Beton gerade Angebote einholt. Die Stadt würde sie gern an mehreren Orten in der Innenstadt aufstellen. Es gibt bereits Firmen, die das sponsern möchten. Die Schützenfesttribünen werden jedes Jahr von den Passanten als Sitzgelegenheiten angenommen. Diese Idee findet er gut.

StR Kolesch lehnt den Vorschlag der SPD, den Wochenmarkt samstags auf den westlichen Marktplatz auszudehnen ab. Es habe eine Versammlung der Marktbesucher gegeben, bei der diese Idee einstimmig abgelehnt worden sei.

Nach kurzer Diskussion nimmt der Bauausschuss die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 6.1 Bekanntgaben - Mehrzweckhalle Mettenberg

Herr Kopf gibt bekannt, dass die Halle in Mettenberg in den Pfingstferien abgebrochen wird und danach mit dem Neubau begonnen wird.

TOP 7.1 Verschiedenes - Telawiallee

StR Deeng erkundigt sich, wann das Gesamtkonzept für die Tempo-30-Zonen kommt. Insbesondere die Telawiallee interessiert ihn.

Er weist darauf hin, dass das Hinweisschild nach Mettenberg noch nicht entfernt wurde.

TOP 7.2 **Verschiedenes - Neuer Zebrastreifen am Marktplatz?**

StRin Kübler erkundigt sich, ob es nun doch einen Zebrastreifen auf dem Marktplatz in Höhe des Geschäftes Tchibo gibt.

Herr Rechmann erklärt, dass es sich lediglich um einen aufgemalten Kreide-Zebrastreifen von Kindern handelt.

TOP 7.3 Verschiedenes - Hochwasserschutzgebiet

StR Braig erkundigt sich, warum das Gutachten für das HQ100 nicht im Internet zu finden ist.

BM Kuhlmann verweist an Herrn Falk vom Tiefbauamt.

Bauausschuss, 27.11.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: BM Kuhlmann

Stadtrat: Keil

Stadtrat: Pfender

Schriftführerin: Krug

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: EBM Wersch